

Zölle der USA: Gefahr für europäische Autos und Arbeitsplätze!

Ursula von der Leyen äußert sich kritisch zu US-Zöllen auf europäische Autos, betont ihre negativen Auswirkungen auf Unternehmen und Verbraucher.



EU, Europa - Am 27. März 2025 hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ihre Besorgnis über die jüngste Entscheidung der USA geäußert, Zölle auf europäische Automobilexporte zu erheben. In einer Stellungnahme bezeichnete sie diese Zölle als steuerliche Belastungen, die sowohl für Unternehmen als auch für Verbraucher in den USA und der EU nachteilig seien. Laut von der Leyen tragen die eng integrierten Lieferketten zwischen den beiden Kontinenten wesentlich dazu bei, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und hochwertige Arbeitsplätze zu fördern.

Die EU plant, die Ankündigung der USA sowie weitere angekündigte Maßnahmen zu bewerten, die in den kommenden

Tagen erwartet werden. In diesem Zusammenhang wird die EU aktiv nach Verhandlungslösungen suchen und gleichzeitig ihre wirtschaftlichen Interessen wahren. Von der Leyen betonte die Rolle der EU als bedeutende Handelsmacht und die Stärke der Gemeinschaft, bestehend aus 27 Mitgliedstaaten, die darauf abzielt, ihre Arbeitnehmer, Unternehmen und Verbraucher zu schützen.

Implikationen für die transatlantischen Beziehungen

Die Entscheidung fällt in einen Kontext, der durch die Wiederwahl von Donald Trump im November 2024 geprägt ist. In den darauffolgenden Debatten im Europäischen Parlament diskutierten führende Abgeordnete über die möglichen Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen. Besonders in der Woche von Trumps Amtseinführung forderten die Parlamentarier eine Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA.

Am 12. Februar 2025 fand eine Debatte zwischen Europaabgeordneten, Vertretern des Rates und der Europäischen Kommission statt, die sich mit den Zolldrohungen der Trump-Regierung auseinandersetzte. Der polnische Minister für europäische Angelegenheiten, Adam Szapka, unterstrich die Vorteile eines offenen, regelbasierten und fairen internationalen Handels.

In der Diskussion äußerte Maroš Šefčovič, ein Mitglied der Europäischen Kommission, scharfe Kritik an den US-Zöllen, indem er sie als schädlich für Unternehmen und Verbraucher beschrieb. Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel, wies auf die Möglichkeit von Gegenzöllen hin, während Sophie Wilmès, stellvertretende Vorsitzende der Parlamentsdelegation für die Beziehungen zu den USA, die Bedeutung der Abschreckung gegen Zölle betonte.

Die Entwicklungen in den kommenden Tagen werden

entscheidend sein, um zu beurteilen, wie sich die Beziehungen zwischen der EU und den USA weiter gestalten werden. Die EU bleibt entschlossen, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedstaaten zu verteidigen, während die politischen und wirtschaftlichen Faktoren auf beiden Seiten des Atlantiks weiter beachtet werden müssen.

Für weitere Informationen und eine detailliertere Analyse der Situation besuchen Sie bitte **ÖkoNews** und **EU-Parlament**.

Details	
Ort	EU, Europa
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www2.oekonews.at• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at